



Nazwa instytucji

# Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

## "Antrag des Abgeordneten Dr. Gustav Gross und Genossen betreffend die Abänderung des § 55 des Reichsvolksschulgesetzes...", Wiedeń, 21.7.1911 r.

Liczba stron oryginału

2

Liczba plików skanów

3

Liczba plików publikacji

3

Sygnatura/numer zespołu

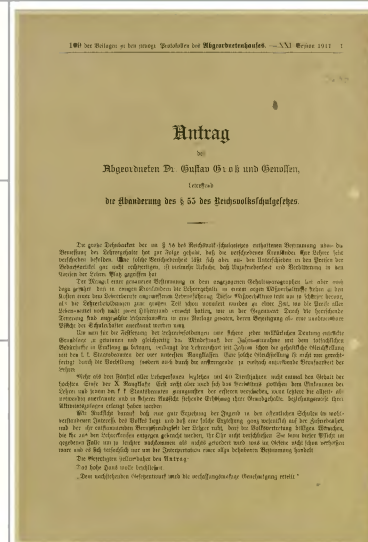
TR 056.046

Data wydania oryginału

1911

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo  
**Kultury**  
i Dziedzictwa  
Narodowego.



NARODOWY  
INSTYTUT  
AUDIOWIZUALNY

**KULTURA+**



56,46.

# Antrag

des

Abgeordneten Dr. Gustav Groß und Genossen,

betreffend

die Abänderung des § 55 des Reichsvolksschulgesetzes.

Die große Dehnbarkeit der im § 55 des Reichsvolksschulgesetzes enthaltenen Bestimmung über die Bemessung der Lehrergehalte hat zur Folge gehabt, daß die verschiedenen Kronländer ihre Lehrer sehr verschieden besoldeten. Eine solche Verschiedenheit läßt sich aber aus den Unterschieden in den Preisen der Bedarfsartikel gar nicht rechtfertigen, ist vielmehr Ursache, daß Unzufriedenheit und Verbitterung in den Kreisen der Lehrer Platz gegriffen hat.

Der Mangel einer genaueren Bestimmung in dem angezogenen Gehaltsparagrafen hat aber auch dazu geführt, daß in einigen Kronländern die Lehrergehalte in einem argen Mißverhältnisse stehen zu den Kosten einer dem Lehrerberufe angemessenen Lebensführung. Dieses Mißverhältnis tritt um so schärfer hervor, als die Lehrerbefoldungen zum großen Teil schon normiert wurden zu einer Zeit, wo die Preise aller Lebensmittel noch nicht jenen Höhenstand erreicht hatten, wie in der Gegenwart. Durch die herrschende Teuerung sind ungezählte Lehrerfamilien in eine Notlage geraten, deren Beseitigung als eine unabwiesbare Pflicht der Schulerhalter anerkannt werden muß.

Um nun für die Festsetzung der Lehrerbefoldungen eine sichere, jeder willkürlichen Deutung entrückte Grundlage zu gewinnen und gleichzeitig das Mindestmaß der Jahreseinnahme mit dem tatsächlichen Bedürfnisse in Einklang zu bringen, verlangt die Lehrerschaft seit Jahren schon die gehaltliche Gleichstellung mit den k. k. Staatsbeamten der vier untersten Rangklassen. Eine solche Gleichstellung ist nicht nur gerechtfertigt durch die Vorbildung, sondern auch durch die anstrengende, ja vielfach aufreibende Berufsarbeit der Lehrer.

Mehr als drei Fünftel aller Lehrpersonen beziehen mit 40 Dienstjahren nicht einmal den Gehalt der höchsten Stufe der X. Rangklasse. Erst recht aber wird sich das Verhältnis zwischen dem Einkommen der Lehrer und jenem der k. k. Staatsbeamten zuungunsten der ersteren verschieben, wenn letztere die allseits als notwendig anerkannte und in sicherer Aussicht stehende Erhöhung ihrer Grundgehälter, beziehungsweise ihrer Aktivitätszulagen erlangt haben werden.

Mit Rücksicht darauf, daß eine gute Erziehung der Jugend in den öffentlichen Schulen im wohlverstandenen Interesse des Volkes liegt und daß eine solche Erziehung ganz wesentlich auf der Zufriedenheit und der ihr entstammenden Berufsfreudigkeit der Lehrer ruht, darf die Volksvertretung billigen Wünschen, die ihr aus den Lehrerkreisen entgegen gebracht werden, ihr Ohr nicht verschließen. Sie kann dieser Pflicht im gegebenen Falle um so leichter nachkommen als nichts gefordert wird, was im Gesetze nicht schon verheißen wäre und es sich tatsächlich nur um die Interpretation einer allzu dehnbaren Bestimmung handelt.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Das hohe Haus wolle beschließen:

„Dem nachstehenden Gesetzesentwurf wird die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.“



# Gesetz

vom . . . . .,

womit

die Bestimmung des § 55 des Gesetzes vom 14. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 62, beziehungsweise des Gesetzes vom 2. Mai 1883, R. G. Bl. Nr. 53, abgeändert wird.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich folgendes Gesetz zu erlassen:

## § 1.

Die Bestimmung des Gesetzes vom 14. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 62, beziehungsweise vom 2. Mai 1883, R. G. Bl. Nr. 53, tritt in ihrer gegenwärtigen Fassung außer Kraft und hat von nun an zu lauten:

Die Minimalbezüge, unter welche kein Land (Schulgemeinde) herabgehen darf, sollen so bemessen sein, daß die Lehrer erster Klasse (Lehrer) und Lehrer zweiter Klasse (Unterlehrer) ihre ganze Kraft dem Berufe widmen und erstere auch eine Familie den örtlichen Verhältnissen gemäß erhalten können. Als solche Minimalbezüge haben jene Bezüge zu gelten, die den k. k. Staatsbeamten der vier untersten Rangklassen (11., 10., 9. und 8. Rangklasse) nach den jeweilig geltenden gesetzlichen Bestimmungen zukommen.

## § 2.

Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist der Minister für Kultus und Unterricht beauftragt.

Dieser Antrag ist gemäß § 42, dritter Absatz, sofort in erste Lesung zu nehmen.

Wien, 21. Juli 1911.

Oskar Teufel.  
D. Günther.  
Licht.  
Schürff.  
Herzmannstg.  
Klezenbauer.  
Mayer.  
Dr. Koller.  
Hans Knirsch.

Hans Hartl.  
Erh. Lipta.  
Dr. Lodgman.  
R. Schürff.  
Dr. Schreiner.  
J. Goll.  
Felzmann.  
Ferd. Seidl.  
Lecher.

d'Elvert.  
Ulrich.  
Dr. Kindermann.  
Oberleithner.  
Dr. Kosler.  
Maizner.  
Pacher.  
W. Teltchik.  
Dr. Bachmann.  
Barbo.

Dr. Gustav Groß.  
Dobernig.  
Primaveji.  
Brandl.  
Dr. Tobisch.  
Lössl.  
Dr. Langenhan.  
Fr. Schreiter.  
Dr. Freißler.  
Dinghofer.